

POTSDAMS ANDERE SEITEN

LINKE Nachrichten aus Potsdam

AUSGABE APRIL 2024 | 20. JAHRGANG

Jetzt unterschreiben!



Jedes Kind in Brandenburg hat das Recht, gesund und glücklich aufzuwachsen. Dazu gehört auch eine vollwertige Ernährung. Doch das Mittagessen an einer Brandenburger Grundschule kostet mittlerweile häufig zwischen 5,- und 6,- Euro – pro Tag! Das bedeutet für eine Familie mit zwei Kindern im Grundschulalter Kosten von 200 bis 250 Euro pro Monat. Wir wollen endlich ein beitragsfreies Mittagessen für alle Schüler*innen der 1. bis 6. Klassen an allen brandenburgischen Schulen. Hilf mit! Mit Deiner Unterschrift oder beim Sammeln von Unterschriften.

Mehr dazu auf SEITE 3.



Gerechtigkeit im Zentrum

Gerechtigkeit steht im Zentrum der Kampagne der Linken für die kommende Europawahl. Die großen Fragen, die uns alle angehen, werden in Europa verhandelt. Krieg und Frieden, Sicherheit und soziale Rechte, Energie und Klima, Ernährung und Umweltschutz, all das ist europäische Politik. Die Botschaft ist klar: Viele Entwicklungen in Europa laufen in die falsche Richtung, die Ungerechtigkeit nimmt zu.

SEITE 5



Tesla-Proteste

Wie schon beim Umgang mit den Aktivistinnen und Aktivisten der ‚Letzte Generation‘ zeigt das Land Brandenburg ein überzogenes, hartes Vorgehen gegen friedliche Proteste. Jedenfalls dann, wenn sie nicht aus möglichem Wähler*innenklientel der CDU stammen. Wir erwarten, dass die Landesregierung das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit achtet!

(Foto: dpa/Archiv)

SEITE 6



ProPotsdam ohne Tarif

Das kommunale Unternehmen ProPotsdam, das in erster Linie für die Bereitstellung von Wohnraum in unserer Stadt verantwortlich ist, weigert sich hartnäckig einen Tarifvertrag abzuschließen. Der den Beschäftigten angemessene Löhne und Arbeitsbedingungen gewährleisten kann. Dies deckte eine kleine Anfrage der Fraktion Die Linke auf.

SEITE 7

RATHAUS REPORT

**Alternatives
Amtsblatt der
Fraktion
Die Linke Potsdam**

Der „Rathausreport“ im Innenteil

Der „Rathausreport“ informiert wie immer über die Stadtverordnetenversammlung vom 10. April 2024. In dieser Ausgabe lesen Sie über die Erweiterung des Kirchsteigfeldes. Die Linke mahnt: „Kinder und Jugendliche ernst nehmen!“ und wir kommentieren die Einführung der „Bezahlkarte“. Wir fordern das Telefonvorwahlchaos in Potsdam zu beseitigen sowie endlich den Freien Uferweg am Griebnitzsee. Und wir informieren darüber, was sonst noch auf der Tagesordnung stand.

SEITEN I – IV

Heraus zum 1. Mai

Als Potsdamer Linke sind wir selbstverständlich dabei, wenn es heißt: Heraus zum 1. Mai.

In Potsdam startet die zentrale Demonstration um 11 Uhr am Magnus-Zeller-Platz und zieht vorbei am Rathaus Babelsberg Richtung Innenstadt, wo sie am Lustgarten endet und ins Familienfest der Gewerkschaften übergeht.

Dieses beginnt offiziell um 13 Uhr.

Ebenfalls im Lustgarten findet das traditionelle „Rhythm against Racism“ am Vorabend statt. Bei freiem Eintritt und ab 17 Uhr heizen dieses Jahr Ribbecka, der Potsdamer Kneipenchor, Mal Élevé, sowie Inge und Heinz dem Publikum ein.



Die Linke

Holen wir uns den
Reichtum zurück:
**Mehr Lohn und
mehr Zeit zum
Leben!**

MAI



Impressum

HERAUSGEBER

„medienPUNKTpotSDam“ - DAS
JOURNALISTENBÜRO, BERND
MARTIN, Zeppelinstr. 7, 14471 Pdm.

REDAKTION

Bernd Martin (v.i.S.d.P.),
Chefredakteur; Isabelle Vandré,
Steffen Lehnert, Konstantin Gräfe,
Anna Nold, Tobias Woelki

AUTOR:INNEN

Wenn nicht im Innenteil
veröffentlicht - Redaktion

**Die nächste PaS erscheint am
23. Mai 2024**

LAYOUT

Kevin Scheidemann

TELEFON der Redaktion

0176 / 327 93 65 9

E-MAIL

info@medienpunktpotSDam.de

BANKVERBINDUNG

Mittelbrandenburgische Sparkasse,
Kt.-Nr.3508020699, BLZ 160 500 00

BILDAUTOR:INNEN

Wenn nicht im Innenteil
veröffentlicht - Redaktion/Archiv

DRUCK

Nordkurier Druck GmbH & Co. KG

Kein Kind soll mit knurrenden Magen in der Schule sitzen

Volksinitiative für gesundes und beitragsfreies Essen sammelt Unterschriften

3,90 Euro – mehr darf in Potsdam nach dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung kein Schulessen mehr kosten. Während anderswo in Brandenburg die Preise für Essensversorgung mittlerweile häufig bei 5,- bis 6,- Euro liegen, hat Die Linke in der Stadtverordnetenversammlung vergangenes Jahr eine Deckelung des Schulessenspreises durchgesetzt. Denn eine gute Bildung geht Hand in Hand mit einer gesunden Ernährung. Doch für Die Linke ist klar: Die Deckelung kann nur der erste Schritt sein. „Wir wollen ein beitragsfreies Mittagessensangebot für alle Schüler:innen in Brandenburg.“, so Konstantin Gräfe, der auf Platz 1 der Liste der Linken im Wahlkreis 3 (Potsdam West, Brandenburger Vorstadt, Eiche, Golm, Templiner Vorstadt) antritt. „Das ist eine Frage von Gerechtigkeit und

von Teilhabe. Wir wollen nicht, dass Kinder mit knurrendem Magen in der Schule sitzen



Schule satt!

Der Staat zahlt das Schulessen.

Die Linke

und deswegen dem Unterricht nicht folgen können“, so Gräfe weiter. Deswegen habe sich

die Potsdamer Linke auch der Volksinitiative „Schule satt“ angeschlossen. Diese fordert ein beitragsfreies Mittagessen für alle Schüler*innen der 1. bis 6. Klassen an allen brandenburgischen Schulen. Die Initiative argumentiert dabei auch mit den gestiegenen Lebensmittelpreisen. „Familien tragen die höchste Inflationsbelastung. Ihre Einkommen reichen oft nicht mehr, um die gestiegenen Lebenskosten dauerhaft zu decken, Rücklagen fehlen. In Familienhaushalten steigt die Armutsbetroffenheit mit der Zahl der im Haushalt lebenden Kinder. Alleinerziehende sind besonders stark betroffen. Infolgedessen müssen zunehmend mehr Familien am Mittagessen ihrer Kinder in der Schule sparen“, heißt von Seite der Initiator:innen zu denen Arbeiterwohlfahrt Potsdam, der Gewerkschafts-

bund DGB Berlin-Brandenburg und die Volkssolidarität gehören. Derzeit sammelt das Bündnis in ganz Brandenburg Unterschriften. 20.000 werden benötigt, damit sich der Brandenburger Landtag mit dem Anliegen befassen muss. Wer mitsammeln will kann das ganz einfach tun. Unterschriftenlisten gibt es zum Beispiel bei der Potsdamer Linken im rotblog, Zeppelinstr. 7 oder online zum Selbstaussuchen unter www.schule-satt.de.



Unsere Wahlkampfserie

Die ganze Stadt hängt voll mit Plakaten. Keine Frage: Es ist Wahlkampf. Am Überbietungswettbewerb der politischen Konkurrenz beteiligen wir uns nicht und gehen mit genauso vielen Plakaten wie in den Vorjahren ins Rennen. Damit Sie auch ohne Suchen einen Überblick haben, was von der Linken in der Stadt zu sehen ist, finden Sie verstreut auf den folgenden Seiten Plakatmotive zur Potsdamer Kommunalwahl sowie ausgewählte zur Europawahl.

Übrigens: Sollten Ihnen in den nächsten Wochen Beschädigungen an unseren Plakaten auffallen, freuen wir uns über eine kurze Meldung unter info@dielinke-potsdam.de



Miete frisst Leben auf!

Stoppt den Mietenwahn!

Die Linke



Konstantin Gräfe & Isabelle Vandré

Die Linke



Tina Lange & Jörg Schindler

Die Linke



Dr. Anja Günther & Stefan Wollenberg

Die Linke

Befreiung Babelsbergs: Haltet weiße Fahnen bereit!

Die letzten Tage des Zweiten Weltkriegs in Babelsberg und Nowawes waren von einer Mischung aus Angst, Entschlossenheit und Hoffnung geprägt. Als ab Januar 1945 die Oder-Weichsel-Offensive der Roten Armee begann und sich die Front unaufhaltsam Potsdam näherte, wurde eine lokale Gruppe Antifaschisten des Nationalkomitees Freies Deutschland (NKFD) aktiv. Unter ihnen auch der 15-jährige Jungkommunist Charlie Vogel, der später über die Ereignisse dieser Tage berichtete. Die Mitglieder des NKFD waren sich einig: Um die vollständige Zerstörung ihres Stadtteils zu verhindern, musste Babelsberg möglichst kampfflos übergeben werden. Am Abend des 23. Aprils, nachdem die Nachricht von der Befreiung Teltows durch die Rote Armee eingetroffen war, entschied die Gruppe spontan, eine Panzersperre an der Einfahrt nach Babelsberg aus Richtung Teltow, Stahnsdorf und Güterfelde zu beseitigen. Glücklicherweise war die Panzersperre nicht wie üblich durch eine halbe Kompanie des Volkssturms besetzt. Die verbliebenen Volkssturmmänner wurden schnell entwaffnet. Währenddessen wurde Charlie Vogel mit vorbereiteten Flugblättern losgeschickt. Diese Flugblätter enthielten nicht nur einen Kurzbericht über die Beseitigung der Panzersperre, sondern auch die Aufforderung, jeglichen

Widerstand einzustellen und weiße Fahnen bereitzuhalten. Zeitgleich machte sich der Rest der Gruppe auf den Weg, um

meinsamen Brief an das sowjetische Kriegsgefangenenlager zu überbringen. Noch in derselben Nacht brach im Lager ein Aufstand aus, und den Gefangenen gelang es, sich selbst zu befreien. Einige von ihnen begannen sofort damit, die Panzersperre am Bahnhof Drewitz zu beseitigen und warteten dort auf die Ankunft der Roten Armee.



der Roten Armee entgegenzutreten.

Als die Nachricht von der geräumten Panzersperre die Rote Armee erreichte, begab sich eine Kompanie mit drei Panzern in Richtung Babelsberg. Um 00:02 Uhr hörte man die Panzer aus dem Südosten kommen. Als die Rote Armee eintraf, kam es zu einer spontanen Verbrüderung zwischen den NKFD-Mitgliedern und den Offizieren. Charlie Vogel erhielt den Auftrag, einen ge-

Der Aufruf des Nationalkomitees zur Kapitulation zeigte Wirkung: Hunderte weiße Flaggen wurden gehisst, nicht nur von den Bürgern von Babelsberg und Nowawes, sondern auch von den Arbeitern des Werks Orenstein & Koppel. An vielen Fenstern in der Großbeerstraße hingen am 24. April weiße Fahnen. Maßgeblich für den Wunsch vieler Babelsberger nach einem Ende des Krieges war vor allem nach der „Nacht von Potsdam“ am 14. April. Doch die war noch nicht gänzlich zuende. Während dank der Initiative des Nationalkomitees Babels-

berg am 24. April größtenteils kampfflos übergeben werden konnte, dauerten die Schrecken des Krieges im Stadtgebiet Potsdam noch bis zum 1. Mai 1945 an.

Autor*in: I.W.

Wir gedenken Otto Meier

Otto Meier – geboren am 3. Januar 1889 in Magdeburg – war Sohn eines Steindruckers, besuchte die Bürgerschule und absolvierte von 1903 bis 1906 eine kaufmännische Lehre.

1911 trat Otto Meier in die SPD ein. Von 1921 bis 1933 war er Abgeordneter im Preußischen Landtag. Während der Zeit des Nationalsozialismus stand Meier mehrfach unter Polizeiaufsicht und war 1939 und 1944 in Haft, zuletzt im KZ Sachsenhausen.

1946 wählte der 40. Parteitag der SPD ihn zu einem der 40 Vorstandsmitglieder der zukünftigen SED.

Otto Meier war ab 1947 Abgeordneter und von 1949 bis 1952 Präsident des ersten und zweiten Brandenburger Landtags. 1948/49 war er Mitglied des Deutschen Volksrates, 1949/50 Abgeordneter der Provisorischen Volkskammer und von 1950 bis 1958 der Länderkammer der DDR. Von 1952 bis zu seinem Tod am 10. April 1962

war er Abgeordneter des Bezirkstags Potsdam.

Otto Meier war Ehrenbürger der Stadt Potsdam. Seine Urne wurde in der Gedenkstätte der Sozialisten auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde in Berlin-Lichtenberg beigesetzt.

Red/b.m..



RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Die Linke Potsdam | Ausgabe April 2024

SOZIALEN WOHNUNGSBAU SICHERSTELLEN – ALLE INSTRUMENTE NUTZEN



Potsdam entwickelt sich dynamisch – in vielen Quartieren entstehen neue Wohnungen, leider viel zu häufig im freien Wohnungsmarkt – und damit zu Kaltmieten deutlich jenseits der 12,- Euro. Für Gering- und selbst Durchschnittsverdiener:innen, Alleinerziehende und Familien sind solche Angebote keine Option. Die Linke setzt sich deshalb seit Jahren dafür ein, dass neue Wohnungen vor allem im geförderten Wohnungsbau mit Mietpreis- und

Belegungsbindung entstehen. Großprojekte privater, profitorientierter Investoren sind dafür grundsätzlich ungeeignet. Gerade deshalb müssen wir auch diese in die soziale Verantwortung nehmen und einen Mindestanteil an sozialem Wohnungsbau sichern.

Für die Erweiterung des Kirchsteigfeldes wurde am Mittwoch in der Stadtverordnetenversammlung der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan

verabschiedet. Das Potsdamer Baulandmodell, das eine Beteiligung der Bauherren an der notwendigen Entwicklung der sozialen Infrastruktur aber eben auch bei der Schaffung mietpreisgebundener Wohnungen festlegt, findet auch im Kirchsteigfeld Anwendung. Ca. 1000 neue Wohnungen sollen dort auf der Brache zwischen Ricarda-Huch-Straße und A115 neben Gewerbeeinheiten entstehen. Ob das Baulandmodell allein ausreicht, um tatsächlich

mindestens 30% der geplanten Wohnflächen zu günstigen Mieten zu errichten, das ist nach Erfahrungen mit Projekten in der Vergangenheit alles andere als sicher. Deswegen geht der Antrag der Linken erstmals über seit 2020 etablierte Baulandmodell hinaus. Von einer breiten Mehrheit wurde unmittelbar beschlossen, dass auch weitere Instrumente, zum Beispiel im Rahmen des mit dem Investor zu schließenden städtebaulichen Vertrages oder die Inanspruchnahme weiterer Fördermittel geprüft werden sollen.

Das Ziel bleibt: ein Drittel der Wohnfläche, nicht nur der Wohnungsanzahl soll im sozialen Wohnungsbau entstehen. Denn das ist das Segment, in dem Wohnungen am dringendsten gebraucht werden. Mit weniger werden wir uns nicht zufrieden geben!

Dr. Anja Günther

Mit auf den Weg...



Kinder und Jugendliche wollen ernst genommen werden! In einem Talk von Kreisschülerrat (KSR), Stadtjugendring und Kinder- und Jugendbüro am 15. März ging es um die drängendsten Probleme von Kindern und

Jugendlichen. In einer Befragung des KSR waren die wichtigsten Forderungen der 11- bis 17-Jährigen: Bezahlbarer Wohnraum 91%, kostenloser ÖPNV 87%, Freizeitorte für Jugendliche, baulicher Zustand der Schulen, vor allem der Sanitäranlagen, Digitalisierung der Schulen.

85% der Befragten forderten mehr Präventionsprojekte an Schulen gegen Rechtsextremismus. Auf deutlichen Widerspruch stieß CDU-Fraktionsvorsitzender Matthias Finken, der forderte, Rechts- und Linksextremismus müssten gleichermaßen bekämpft werden. Die Jugendlichen warnten ausdrücklich vor solcher Verharmlosung. Der KSR bringt es auf seiner Website auf den Punkt: „K-

ein Scheiß Rechts!, K-ein Scheiß Rechts-assismus!, K-eine Scheiß Remigration!“. Der Widerspruch hat die CDU nicht davon abgehalten, einen entsprechenden Antrag zu stellen. Das zu „Kinder und Jugendliche ernst nehmen“!

Mich hat das engagierte Auftreten der jungen Leute beeindruckt. Das „Argument“, für ihre Belange sei kein Geld da, akzeptieren sie nicht mehr. Mit unseren politischen Schwerpunktsetzungen – Wohnen, kostenloser ÖPNV, bessere Ausstattung von Schulen, mehr öffentliche Freiräume und mit unserem Engagement gegen Rechts – haben wir die Forderungen junger Menschen immer wieder aufgenommen. Aber: das Erreichte reicht bei weitem nicht!

Engagement und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen ist von großem Wert für die Entwicklung unserer Stadt. Das werden wir weiter fördern.

Dass die bisherige Koordinatorin für Kinder- und Jugendinteressen nun endlich den Status einer hauptamtlichen Kinder- und Jugendbeauftragten und damit mehr Kompetenzen bei der Umsetzung der Rechte und Belange der etwa 35000 Potsdamer Kinder und Jugendlichen bekommt, ist ein kleiner, aber wichtiger Schritt auf diesem Weg.

*Sigrid Müller
Fraktionsvorsitzende*



Es ist unverkennbar. Der Kommunalwahlkampf 2024 ist eröffnet. Die ersten Plakate hängen, manchmal gleich 5 übereinander und auch wir werden in den nächsten Tagen die Stadt, mit den Konterfeis unserer KandidatInnen aufwerten.

Aber auch im Stadtparlament ist der Wahlkampfdruck zu spüren. Neben dem Versuch einiger, den Oberbürgermeister aus dem Amt zu kicken, versuchen andere, noch einmal ihre politische Agenda populistisch in die Öffentlichkeit zu rücken und mit (Wahlkampf-) Anträgen zu untersetzen.

Unsere Fraktion hat die vorletzte Sitzung sinnvoll genutzt, um u.a. mietpreis- und belegungsgebundenen Wohnraum im Kirschsteigfeld festzuzurren, aber auch vielleicht weniger beachtete Anträge wie eine elektronische Schließanlage für die Priesterwegschule und diebstahlsichere Fahrradständer in der City, in den Geschäftsgang zu bringen.

Wir bleiben unseren WählerInnen bis zum letzten Tag der Wahlperiode, ein fester Partner und nicht ein Wahlgeschenkversprecher. Dafür sind wir vor 5 Jahren angetreten und dafür werden wir auch in den kommenden 5 Jahren bekannt und belastbar sein!

**Michel Berlin,
Stadtverordneter DIE LINKE**

Zur Bezahlkarte

Wäre es kein so frustrierender Anlass, wäre die Positionierung der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung zur Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete

führung grundsätzliche ablehnte. Das ist eine Position, die wir als Linksfraktion natürlich teilen. Als er dann im zuständigen Sozialausschuss diskutiert



ein positives Beispiel gelungener, fraktionsübergreifender Zusammenarbeit. Denn zu dem Zeitpunkt, als die Debatte über die Bezahlkarte begann, brachte die Fraktion DIE ANDERE einen Antrag ein, der ihre Ein-

wurde, war leider bereits klar, dass Bund und Länder sie verpflichtend etablieren würden. Doch eine Ablehnung auf Grund der Überholung des Antrages kam für die progressive Mehrheit des Sozialausschusses

nicht in Frage. Stattdessen schlugen wir vor, den Antrag dahingehend zu erweitern, dass falls die Bezahlkarte eingeführt würde, die Verwaltung alle Gestaltungsmöglichkeiten nutzt, sodass die Umsetzung so diskriminierungsfrei wie möglich erfolgt. Dazu zählt bspw., dass die Nutzung der Karte nicht regional eingeschränkt wird. Diesem Vorschlag folgte eine Mehrheit aus ANDEREN, SPD, Grünen und Linken. Das Absurde daran: SPD und Grüne, die sich in der Landeshauptstadt eindeutig gegen die Bezahlkarte positioniert haben, sind im Bund und im Land verantwortlich für ihr Einführung. Wir bleiben dabei: Bezahlkarten sind eine Einschränkung der Selbstbestimmung von Geflüchteten und stellen damit eine Diskriminierung dar. Besser als eine „möglichst diskriminierungsarme Bezahlkarte“ ist die Verhinderung der Einführung selbiger.

Isabelle Vandre

Fragen & Antworten

Wie geht es weiter mit dem Kiezbad Nord?

Nach einer Mitteilung des MLUK am 01.03.2024 an die LHP zur Voranfrage für „Golm-Nord“ wurde bekannt, dass der Bau im Landschaftsschutzgebiet durch Widerspruch zum Schutzzweck zukünftig mehr als schwierig bis in Teilen unmöglich wird. Da dies nicht nur Golm, sondern ebenfalls Fahrland-West und Krampnitz und damit die geplante Bebauung des dringend benötigten Kiezbad am Ufer der Krampnitzsees betrifft, hat Tina Lange nach den notwendigen Voraussetzungen für den Bau des Badeparadieses gefragt. Leider bleibt der Baubeordnete Rubelt eine konkrete Antwort schuldig, versuchte allerdings die Sorge zu nehmen und zeigte sich zuversichtlich, dass im Falle von Krampnitz eine andere Einzelfallentschei-

dung als in Golm gefällt wird. Wir bleiben weiter dran, denn ein Schwimmbad im Potsdamer Norden wird dringend gebraucht!

Prognose für den Jahresabschluss

Immer wieder heißt es vom Kämmerer der Stadt, Burkhard Exner, dass das Geld an allen Ecken und Enden fehle. Um weiterhin realistisch planen zu können fragte der Stadtverordnete Krämer in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung nach einer Prognose für die Jahresabschlüsse des Jahres 2023. Der Kämmerer verwies auf eine nur kurz zuvor veröffentlichte Mitteilungsvorlage des Geschäftsbereiches Finanzen, Investitionen und Controlling. Die Prognose sowie die Jahresabschlüsse der letzten Jahre sind nun im jüngst geschaffenen Interkommunale

Kennzahlenvergleichssystem (IKVS) einsehbar. Es handelt sich um eine interaktive Webseite auf der, der Potsdamer Stadthaushalt nachvollzogen werden kann. Wer Interesse hat, klickt sich rein unter: <https://www.potsdam.de/de/haushalt-und-finanzen>.

Fragen, Fragen, Fragen...

Leider blieben, wie in jeder Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, etliche Fragen unbeantwortet. Der Stadtverordnete Krämer erkundigte sich neben den Gründen für den langwierigen Ausbau des Sportplatz Kirschallee auch nach einer möglichen Zukunft des Nomadenlandes im Volkspark. Der Stadtverordnete Berlin fragte nach den Gründen, warum nach den bauvorbereitenden Maßnahmen durch das Oberlinhaus in der Glasmeisterstraße in Babelsberg seit län-

gerer Zeit keine Bautätigkeiten zu verzeichnen sind. Ebenfalls fehlende Bautätigkeiten hinterfragte Michél Berlin im Bezug auf die Friedrich-List-Straße in Zentrum Ost. Dort wird die Fahrbahn in nicht unerheblicher Länge durch Absperrungen und blockiert und somit der Fuß- und Radverkehr behindert. Einen Blick in die Zukunft warf die Stadtverordnete Dr. Anja Günther mit ihrer Frage nach der Höchstdauer einer Zweckbindung für Wohnraum in Krampnitz. Seit Anfang des Jahres gelten neue neuen Förderbedingungen des Landes Brandenburg für mietpreis- und belegungsgebundenen Wohnraum. Ziel der Förderung ist es, dringend benötigten bezahlbaren Wohnraum in allen

Landesteilen herzustellen. Dies ist auch für Potsdam unerlässlich. Das Land fördert den Neu- bzw. Ausbau von beleggebundenem Wohnraum mit 500 € Zuschuss und bis zu 3.000 € zinsfreiem Darlehen je Quadratmeter Wohnfläche. Für eine Zweckbindung von 35 Jahren wird der Zuschuss noch einmal um weitere 200 € je Quadratmeter erhöht. Hier muss die Stadt darlegen, wie sie die 35 Jahre Zweckbindung gegenüber dem Investor durchsetzen will.

Die mündlichen Anfragen werden innerhalb der nächsten Wochen schriftlich beantwortet und sind im Ratsinformationssystem einsehbar.

Überwiesen

Potsdam History App

Ein Spaziergang durch Potsdam kann seit Februar zu einer Zeitreise werden. Mit der Potsdam History App vom Potsdam Museum kann man sich entlang seiner Spazierwege Informationen zu vergangenen Zeit einholen. Vorher-Nachher-Bilder, historische Karten, Potsdamer Biografien, Bilder, Videos und weitergehende Informationen gibt es kostenfrei für IOS und Android. Damit die App noch mehr Informationen fasst und weiterentwickelt wird, hat die Fraktion Die Linke beantragt, Mittel bereitzustellen um die App noch attraktiver für weitere Partner zu machen. Der Antrag wurde in die Ausschüsse für Kultur und Finanzen überwiesen.

Schule? Aber sicher.

Das Schulhaus der Grundschule „Am Priesterweg“ im Stadtteil Kirchsteigfeld wird in den Nachmittagsstunden und am Wochenende häufig als Bürgerhaus, für Treffen von Vereinen und Gruppen genutzt. In der Vergangenheit gab es immer wieder Konflikte, da die Besucher:innen das ganze Schulhaus betreten konnten. Die Lösung liegt auf der Hand: mit einer elektronischen Schließanlage kann problemlos reguliert werden, wer welche Räu-

me nutzen kann. Die Fraktion Die Linke hat die Bereitstellung der dafür notwendigen Mittel im Doppelhaushalt 2025/2026 beantragt. Der Antrag wurde in den Werksausschuss der KIS überwiesen.

Radparkplätze in der Potsdamer Mitte

Das Quartier Potsdamer Mitte rund um den Alten Markt wächst in beachtlicher Geschwindigkeit. Den Rahmen für das neu entstehende Viertel bilden die kulturellen Angebote des Museums Barberini, des Potsdam Museums, die Nikolaikirche und der Landtag. Auch Cafés und Restaurants sind direkt am Platz. Die Anreise mit Bus und Bahn ist unkompliziert, auch mit dem Fahrrad ist das Quartier gut zu erreichen. Nur wohin mit Rad, E-Bike oder Lastenrad? Wir haben den Oberbürgermeister beauftragt, dafür zu sorgen, mindestens 50 diebstahlsichere und felgenfreundliche Fahrradständer rund um den Alten Markt zu schaffen. So können Potsdamerinnen, Potsdamer und Besucher:innen der Stadt das Viertel entspannt besuchen. Der Antrag wurde in den Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität sowie den Ausschuss für Ordnung und Sicherheit überwiesen.

0331 für alle – es wird Zeit!

033201 in Groß Glienicke. 033208 in Marquardt, Uetz-Paaren, Satzkorn, Fahrland und Neu Fahrland. 033208 gar in Nattwerder, das zu Grube gehört, worin hingegen wiederum die 0331 gewählt werden

keine Rufnummer mitnehmen können. Daraus ergeben sich Standortnachteile. Durch das Wachstum werden die von einer Neuordnung der Vorwahlen betroffenen Haushalte jedes Jahr mehr. Irgendwann wird es



darf. 4 verschiedene Vorwahlen für Potsdam – das ist 21 Jahre nach der Eingemeindung der betroffenen Ortsteile einfach nicht mehr zeitgemäß. Zusammengehörigkeit sieht anders aus. Und das in einer Stadt, die an anderer Stelle immer wieder betont, keine Teilung zwischen der „Stadt“ und dem „ländlichen Raum“ vorzunehmen.

Was folgt aus dem Vorwahlwarrwarr? Ständiger Erklärungsbedarf, sogar, wenn man in der Potsdamer Verwaltung mit einem Anliegen anruft und an die Verwaltung des Landkreises Havelland verwiesen wird, weil man ja nicht zu Potsdam gehöre, oder wenn automatische Standortzuordnungen nicht funktionieren. Außerdem Umzugsprobleme bei privaten Umzügen und bei Firmenumzügen, die sich im stark wachsenden Norden ansiedeln und

zudem zwangsweise passieren, da die 6stellige Vorwahl nur eine begrenzte Anzahl an vergebenen Telefonnummern zulässt. Also lieber VOR der Krampnitz-Besiedelung handeln, als danach erst.

Wir fordern eine Vereinheitlichung der Potsdamer Telefonvorwahl auf die vierstellige 0331. Das Telekommunikationsgesetz des Bundes erlaubt unter diesen Umständen ausdrücklich die Beantragung der Neuordnung der Telefonvorwahlen bei der Bundesnetzagentur.

Der Antrag wurde zunächst zur weiteren Beratung an den Hauptausschuss und die betroffenen Ortsbeiräte überwiesen.

Tina Lange

Freier Uferweg – der nächste Schritt am Griebnitzsee

Erst im Dezember hatten die Stadtverordneten über nächste Maßnahmen zur Schaffung eines freien Uferweges am Griebnitzsees entschieden. Kernpunkte des Beschlusses waren die Fortsetzung der Bauplanung und – ganz im

geordnetenversammlungen u.a. im Bauausschuss mitteilte, dass der geplante Gestaltungswettbewerb wegen fehlender Mittel nicht durchgeführt und die weiteren Maßnahmen gestoppt werden sollten. Das ist umso unverständlicher, als dass auf-

führung des Gestaltungswettbewerbs. Die Verwaltung lenkte in der Sitzung ein. Finanziert werden soll dieser erste Schritt nunmehr aus dem Überschuss des Treuhandvermögens des Sanierungsgebiets Babelsberg.



Sinne eines abgestuften Vorgehens – die Einleitung eines Gestaltungswettbewerbs für die Uferflächen, die der Stadt jetzt schon gehören bzw. zur Verfügung stehen. Vorausgegangen waren Beratungen in der AG Uferweg, in der der Baubeigeordnete Bernd Rubelt Alternativen zum weiteren Vorgehen vorstellte. Der Dezember-Beschluss war die Vorzugsvariante der Verwaltung.

Umso größer war die Verwunderung und Verärgerung der Stadtverordneten, auch in der Linken-Fraktion, als die Verwaltung kurz vor der Stadtver-

ordnetenversammlung u.a. im Bauausschuss mitteilte, dass der geplante Gestaltungswettbewerb wegen fehlender Mittel nicht durchgeführt und die weiteren Maßnahmen gestoppt werden sollten. Das ist umso unverständlicher, als dass auf-

Mit einem Dringlichkeitsantrag forderten deshalb insgesamt acht Fraktionen gemeinsam die Umsetzung des Dezember-Beschlusses und die Durch-

Damit bekräftigten die Stadtverordneten einmal mehr das langjährige Ziel: die Potsdamer Uferwege sollen nicht einigen wenigen vermögenden Eigentümern zur Verfügung stehen – sondern der Allgemeinheit. Daran halten wir fest, auch in der kommenden Wahlperiode.

Stefan Wollenberg

**Termin für telefonische
Bürgersprechstunde
April**

**Dr. Sigrid Müller
Fraktionsvorsitzende**

Dienstag, 30.04.2024,
16:00 – 18:00 Uhr
Telefon: 0173 6171150

**Stefan Wollenberg
Fraktionsvorsitzender**

Dienstag, 30.04.2024,
15:00 – 17:00 Uhr
Tel.: 0172 / 514 38 25

**Ida Karlotta Wiesig-
strauch, Fraktionsge-
schäftsführerin,**

Mo - Fr: 09 -14 Uhr
Stadthaus, R. 3.107
Friedrich-Ebert-Str. 79/81 in
14469 Potsdam
Tel.: 0331 289 3048

Fraktionssitzung

Montags jeweils 18:00 Uhr
im Lothar Bisky Haus
(Alleestr. 3)

Nächste SVV

Mittwoch, 15.05.
15:00 Uhr, IHK Potsdam

E-Mail

dielinke@rathaus.potsdam.
de

Die Linke

Fraktion
in der Potsdamer
SVV

IMPRESSUM RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Die Linke Potsdam
Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per
E-Mail an uns:

Die Linke.Fraktion; Friedrich-Ebert-Straße 79/81; 14469 Potsdam

E-Mail: DieLinke@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 48

Fax: 331/289 31 19

Druck: Nordostdruck

V.i.S.d.P. Stefan Wollenberg

Klimawende braucht ganzheitliches Finanzierungskonzept: Linke fordert Transformationsgipfel der kommunalen Unternehmen

Die Energiewende stellt die EWP vor gewaltige Herausforderungen bei den notwendigen Investitionen. Ein Antrag der Grünen zu lediglich auf

die Wärmewende bezogenen Finanzierungsmaßnahmen wurde durch die Stadtverordneten abgelehnt. Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende der Potsdamer Linken-Fraktion und Aufsichtsratsmitglied von EWP und SWP, Stefan Wollenberg: „Es gibt breite Einigkeit, die kommunale Daseinsvorsorge der Landeshauptstadt konsequent klimaneutral aufzustellen. Dazu hatten wir im Januar mit dem Beschluss „Potsdam fossilfrei 2035“ auch einen klaren Auftrag erteilt.

Die Finanzierungskonzepte müssen durch die kommunalen Unternehmen gemeinsam mit der Verwaltung erarbeitet werden. Der heute abgelehnte Antrag konterkariert dieses Ziel, indem er das Ergebnis vwegnimmt und Verantwortlichkeiten falsch ansiedelt.

nalen Unternehmen und der Verwaltung unter Beteiligung der Stadtverordneten vor. Alle Bedarfe müssen auf den Tisch und ein abgestimmter Plan für die kommenden Jahre muss erarbeitet werden! Mit Schnellschüssen ist das ganz sicher nicht zu leisten.



Eine klimaneutrale Landeshauptstadt heißt aber eben nicht: Wärmewende ODER Energiewende ODER Verkehrswende ODER sozial verträgliches Wohnen. Deswegen ist es nicht zielführend, über die Finanzierung der einzelnen Bausteine getrennt zu verhandeln. Die Aufgaben müssen insgesamt betrachtet und gemeinsam gelöst werden. Wir schlagen deshalb einen ‚Transformationsgipfel‘ aller kommu-

Fakt ist aber auch: der Bund hat im Zuge des Klimaschutzes zu Recht viele neue gesetzliche Pflichten geschaffen. Mit der Finanzierung dieser Pflichten werden Kommunen und Stadtwerke aber weitgehend allein gelassen. Hier muss sich dringend etwas ändern. Sonst droht der Klimawende das Scheitern!“

„Investoren spekulieren mit Wohnraum. Das muss sich ändern!“

Martin Günther (Foto) kandidiert auf Listenplatz 6 der Linken Bundesliste für die Wahl zum Europäischen Parlament. Er 1982 in Ost-Berlin geboren. Seit seiner Jugend wohnt er in Brandenburg und ist seither politisch aktiv. Global denken, lokal handeln ist eine seiner Leitlinien. Nach Auslandsaufenthalten und anderen beruflichen Stationen wohnt der studierte Ökonom mit seiner Familie wieder in Brandenburg. Mit der PAS sprach er darüber, was die EU für bezahlbaren Wohnraum tun kann und was ihn zu seiner Kandidatur motiviert.

der Ausbau der erneuerbaren Energien teils schleppend voranschreitet. Was schlägst du vor?

PAS: Was hat dich zur Kandidatur für das Europäische Parlament bewegt? Was willst du erreichen?

MG: Bei den Energiepreisen ist es ja so: Die EU hat das „Strommarktdesign“ in der Hand. Teure, fossile Kraftwerke bestimmen den Strompreis. Wir brauchen ein Strommarktdesign, was hilft Erneuerbare auszubauen, die Preisvorteile der Erneuerbaren an die Menschen weitergibt und ein kostengünstiges bestenfalls kostenloses Basiskontingent an Energie für jeden Haushalt zur Verfügung stellt.

MG: Ich engagiere mich seit Jahren für höhere Löhne, gegen Armut, für Frieden, für eine weltoffene Gesellschaft, für Klimagerechtigkeit. Als bekannt wurde, dass unser bisheriger Brandenburger Europaabgeordnete nicht nochmal kandidiert, habe ich mir überlegt, ob ich meine jahrelange politische Arbeit, auch in der europäischen Zusammenarbeit, nicht auch im Europäischen Parlament fortsetzen will. Und hier bin ich nun.

PAS: Du setzt dich bereits als ver.di-Mitglied und Betriebsrat für bessere Arbeitsbedingungen ein. Wo sind aus deiner Sicht die Stellschrauben in Brüssel, um die Bedingungen am Arbeitsplatz zu verbessern?

PAS: In vielen europäischen Städten sind die Mieten in den letzten Jahren massiv gestiegen. Müsste die EU hier nicht mehr tun?

MG: Maßgeblich durch unsere Fraktion befördert, wurde im Europäischen Parlament die Mindestlohnrichtlinie beschlossen. In Deutschland muss der Mindestlohn dadurch auf mindestens 14,14€ angehoben werden. Angesichts der gestiegenen Lebensmittelpreise etc. fordern wir als Linke auf 15€ aufzurunden. Das hilft Millionen Beschäftigten, auch sehr vielen in Brandenburg. Der weniger beachtet Teil der Richtlinie ist eine Regelung, dass alle Staaten Maßnahmen ergreifen müssen, wenn die Tarifbindung bei Ihnen unter 80% liegt. Deutschland liegt da massiv drunter. Wer Tarif bekommt, hat mehr in der Tasche und bessere Arbeitsbedingungen. Da müssen wir jetzt Druck machen, damit das jetzt zügig und vernünftig umgesetzt wird.



MG: Die großen Ausgabenblöcke für viele sind ja: Miete, Strom, Lebensmittel. Und hier hat die EU auf verschiedene Art und Weisen versagt. Die EU hat zwar das Recht auf Wohnen in die sogenannte Säule der Sozialen Rechte geschrieben, macht faktisch aber überhaupt nichts. Das muss sich ändern. Investoren investieren Milliarden in Wohnraum und spekulieren auf hohe Renditen. Das kurbelt die Mietpreisspirale weiter an. Wir wollen u.a. ein Investitionsverbot von Fonds in Wohnraum und Wohnungsunternehmen. Keine Profite mit der Miete!

PAS: Auch die Energiepreise steigen immer weiter, während

Mitbestimmung absichern – keine Ausnahme für das Hasso-Plattner-Institut!



FOTO: DIG/THOMAS KLÄBER

Was sind Mitbestimmungsrechte für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen wert? Für das Potsdamer Hasso-Plattner-Institut (HPI) offenbar 200.000 Euro – um diese zu verhindern! Aber von vorn: Anfang März wurde durch Recherchen von Correctiv, Tagesspiegel und den Potsdamer Neuesten Nachrichten bekannt, dass die Geschäftsführung des HPI eine Anwaltskanzlei damit beauftragt habe, die Wahl eines Betriebsrates zu verhindern. Bereits vor einigen Jahren habe es Bemühungen gegeben, eine Vertretung für die rund 400 Beschäftigten zu gründen; nun sei die Geschäftsführung mit eigenen Versammlungen und der gezielten Ansprache der Beschäftigten gegen den erneuten Versuch der Betriebsratsgründung vorgegangen. Mitarbeitende berichten von Einschüchterung, Wahlplakate verschwanden und auf Meetings wurden die vermeintlichen Gefahren eines Betriebsrates betont. Stattdessen wurden die Vorteile eines alternativen Mitbestimmungsgremiums dargestellt. Der Haken dabei: Ein solches Gremium hat keinerlei

arbeitsrechtliche Durchsetzungskraft. Diese ist nur für Betriebsräte gesetzlich gesichert. Besonders in der Wissenschaft, wo Leistungsdruck, Hierarchien und persönliche Abhängigkeiten die Arbeitsbeziehungen bestimmen, ist ein echtes Mitbestimmungsgremium unverzichtbar. Wir sagen: Dieser Vorgang stellt nicht nur den moralischen Kompass der Beteiligten infrage, sondern wirft auch ein schlechtes Licht auf die Einhaltung von Arbeitsrechten an einer Forschungseinrichtung, die aufs Engste mit der Universität Potsdam und dem Land Brandenburg verbunden ist. Angesichts dieser Verachtung von Arbeitnehmerrechten darf das Wissenschaftsministerium nicht untätig bleiben. Mit unserem Antrag im Märzplenium des Landtags haben wir konkrete Vorschläge eingebracht: Wir wollen die Vorgänge am HPI aufklären, Mitbestimmungsrechte an allen durch das Land geförderten Bildungs- und Forschungseinrichtungen auf den Prüfstand stellen und die Landesregierung dazu verpflichten, verbindliche gesetzliche und administrative Maßnahmen zur Sicherung von Transparenz, Gerechtigkeit und echter Mitbestimmung im Bildungs- und Wissenschaftsbetrieb zu erlassen.

Isabelle Vandre
Landtagsabgeordnete Die Linke



Tesla-Proteste - Landesregierung muss Grundrecht auf Versammlungsfreiheit stärker achten



Das Protestcamp der Klimaschützerinnen in Grünheide ist offenbar ein Problem für das Innenministerium und soll deshalb verschwinden. So funktioniert das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit aber nicht: Dank Artikel 8 des Grundgesetzes dürfen sich alle Deutschen ungehindert und ohne besondere Erlaubnis mit anderen versammeln. Nachdem das Protestcamp ohne Hinweise auf besondere Gefahren befristet genehmigt worden war, wurde der Umgang kürzlich verschärft und die Räumung vorbereitet. Als Begründung hält der Anschlag auf den Strommast durch eine extremistische Gruppierung her, der in keinem Zusammenhang mit dem Protest steht.

Jetzt scheint es, als sollen alle Behörden und Ministerien Gründe liefern, die es ermöglichen, die Auflagen gegenüber dem Protestcamp so zu verschärfen, dass sie im gerichtlichen Verfahren vor dem Oberverwaltungsge-

richt Berlin-Brandenburg zu einer Verunmöglichung einer Versammlung an diesem Ort führen. So behauptete der Innenminister in der Ausschusssitzung schwere Eingriffe in den Boden, Baumfällungen, eine erhöhte Waldbrandgefahr, welche quasi ein Betretungsverbot der Wälder auslösen würde und eine konkrete Gefahr durch Kampfmunition mit Gefahr für Leib und Leben. Das verwundert, denn diese Fläche wurde nach Auskunft des Landesbetriebs Forst vor mehreren Jahren dem Waldumbau unterzogen und mit schwerer Technik befahren. Wenn denn die Gefahr tatsächlich so hoch ist und diese Belastung bereits nach dem ersten Tesla B-Plan bekannt war, warum wurde für diese Fläche nicht sofort ein Betretungsverbot ausgesprochen? Wie beim Umgang mit den Aktivistinnen und Aktivisten der ‚Letzte Generation‘ und bei deren forcierter Einstufung als kriminelle Vereinigung zeigt das Land Brandenburg ein überzogenes, hartes Vorgehen gegen friedliche Proteste. Jedenfalls dann, wenn sie nicht aus möglichem Wähler*innenklientel der CDU stammen. Wir erwarten, dass die Landesregierung in Persona des Innenministers und der Justizministerin das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit achtet!

Marlen Block, innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion Brandenburg

Pro Potsdam: Ein kommunales Unternehmen ohne Tarifvertrag – Ein Schlag ins Gesicht der Arbeitnehmer

Am 01. Mai, dem internationalen Tag der Arbeit, feiern wir die Errungenschaften der Arbeiterklasse. Allerdings müssen diese ständig verteidigt und immer wieder neu eingefordert werden. Jetzt haben wir ein besonderes Beispiel für eine unverschämte Ignoranz im Bezug auf Arbeitnehmer:innenrechte: Das kommunale Unternehmen ProPotsdam, das in erster Linie für die Bereitstellung von Wohnraum in unserer Stadt verantwortlich ist, weigert sich hartnäckig einen Tarifvertrag abzuschließen, der den Beschäftigten angemessene Löhne und Arbeitsbedingungen gewährleisten kann. Dies deckte eine kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (23/SVV/1364-02) auf.

In unserem Kommunalwahlprogramm fordern wir die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Stärkung der sozialen Sicherheit. Im Vorschlag 6 will Potsdam zur Stadt der Tarifbindung machen. Dabei müssen kommunale Unternehmen eine

Vorbildrolle einnehmen und Tariffucht endlich der Vergangenheit angehören.

In diesem Kontext ist es empörend, dass die ProPotsdam sich weigert, einen Tarifvertrag abzuschließen und somit die Grundprinzipien von guter Arbeit und Tarifbindung missachtet. Es ist inakzeptabel, dass ein kommunales Unternehmen die Arbeitsrechte seiner Beschäftigten ignoriert.

Der Mangel an Tarifbindung bedeutet, dass die Beschäftigten der ProPotsdam weniger verdienen als sie sollten und dass sie unter unsicheren Arbeitsbedingungen arbeiten.

Ganz allgemein muss die Stadt Potsdam sicherstellen, dass bei der Vergabe von städtischen Aufträgen die Kriterien „guter Arbeit“ berücksichtigt werden. Nur so kann eine faire und gerechte Arbeitslandschaft geschaffen werden, die den Bedürfnissen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern entspricht. Kein öffentliches Geld darf für schlechte Ar-

beitsbedingungen ausgegeben werden.

Wenig überraschend unterstützen SPD und CDU den Arbeitgeber im Kampf gegen die Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter. Wir aber werden weiterhin für ihre Rechte kämpfen und uns dafür einsetzen, dass Potsdam wirklich zur Stadt der Tarifbindung wird.

Abschließend bleibt aber festzustellen: uns aus dem Elend zu erlösen können wir nur selber tun. Das einzige wirksame Mittel gegen dreiste Unternehmen ist die Selbstorganisation von Arbeiterinnen und Arbeiter. Vernetzt euch, redet über euer Gehalt, gründet Betriebsräte, tretet einer Gewerkschaft bei und lasst eurem Chef nicht alles durchgehen, egal ob im öffentlichen oder privaten Sektor!

Tobias Woelki, stellv. Kreisvorsitzender und Spitzenkandidat in der Potsdamer Innenstadt

Ein historischer Fehler:

Kommentar zur Eröffnung der Garnisonkirchenkopie



Allein rund 24,75 Millionen Euro flossen aus dem Bundeshaushalt für den Bau der Garnisonkriechenturmkopie – zusätzlich zu anderen üppigen öffentlichen Förderungen wie der Umlegung der Breiten Straße oder der Übertragung des Grundstückes. Sollten es zunächst „nur“ zwölf Millionen als „Anschubfinanzierung“ sein, genehmigten erst Monika Grütters (CDU) und dann Claudia Roth (Bündnis90/ Die Grünen), in ihrer Funktion als Staatsministerinnen für Kultur und Medien, immer neue Gelder.

Dass das proklamierte Ziel, die Turmkopie aus Spenden zu errichten, nie realistisch war, wundert nicht. Denn die Kirche ist eben nicht nur durch den Handschlag von preußischem Konservatismus und Nationalsozialismus am „Tag von Potsdam“ schwer belastet. Nein, der Ort ist seit jeher eng verknüpft mit dem deutschen Militarismus und Großmachtstreben, die in zwei Weltkriegen und eben zuletzt in der Zerstörung der Kirche mündeten.

Die Abermillionen, die in dem Projekt versenkt wurden, wären in Potsdam für sozialen Wohnungsbau weit besser angelegt gewesen. Sie bleiben daher vor allem eines: Ein historischer Fehler.

Iris Burdinski, Kreisvorsitzende & Spitzenkandidatin in der Potsdamer Innenstadt



Urteil vom Landgericht Brandenburg wurde erneut verschoben!

Am 12. April hatte sich unsere Initiative „Retten wir den Staudenhof!“ zu einer Demo (Foto) vorm Potsdamer Justizzentrum eingefunden, denn vom Landgericht sollte endlich die Entscheidung zum Staudenhof-

ganze Verfahren verkommt nun endgültig zur Farce und ist an Skurrilität kaum zu überbieten.

Wir fordern während des schwebenden Verfahrens von

Bau- und Abrisstopp führen kann. Wir wollen uns mit dem Mieter weiterhin solidarisieren und gleichzeitig den Druck auf die Stadt aufrechterhalten.

Unsere Initiative hatte zur Demo wieder zahlreiche Unterstützer:innen. Herr Rieger, der Chef der Brandenburger und Frau Rühnick, die stellvertretende Chefin der Berliner Architektenkammer (auf dem Foto: zweite Reihe, im Gespräch) teilen unsere Forderungen. Keinen Abriss mehr von nutzbaren Gebäuden in Potsdam! Wir brauchen eine



FOTO: PAUL WIESENBERG

konsequente Wende hin zum nachhaltigen Bauen und Stadtgestaltung. Jede vorhandene Wohnung in Potsdam wird gebraucht!

der ProPotsdam, den Abriss des Staudenhofgebäude sofort zu stoppen, denn es ist nicht klar, wie dieses Verfahren ausgeht, und wann und mit welchen Mitteln die ProPotsdam überhaupt neu bauen kann. Unsere Initiative wird sich beraten, inwieweit eine einstweilige Verfügung zu einem

Verfahren getroffen werden. Stattdessen wurde sie wieder verschoben, auf den 13.6.24. Begründet wurde dies mit der Eröffnung eines neuen Verfahrens. Damit sollen Klägerin (ProPotsdam) und Beklagter (Mieter im Staudenhof) erneut die Möglichkeit erhalten, ihre Argumente vorzutragen. Das

Anita Tack, Mitglied der Initiative „Retten wir den Staudenhof!“

+++ Verschiedenes in Kürze +++ Verschiedenes in Kürze +++

Waldstadt-Visionen im Haus der Begegnung

Am Freitag, 26. April, werden von 16.30 Uhr bis 20 Uhr im Haus der Begegnung Potsdam verschiedene Beteiligungsmöglichkeiten im Stadtteil „Waldstadt“ vorgestellt. Anschließend kann mit Kommunalpolitikern wie dem Linken-Fraktionsvorsitzenden und Waldstädter Stefan Wollenberg diskutiert werden.

Folgende Fragen werden in den Raum gestellt:

- Was können wir tun, damit Politik und Bürger einander verstehen?
- Wie können wir auch im Alter in der Waldstadt bleiben?
- Altersgerechtes Leben in der Waldstadt!
- Welche Visionen gibt es für die Waldstadt?

Der Abend findet bei Bratwurst (auch vegan) und Brause seinen Abschluss.

Linke Potsdam mit neuer Homepage

Der Kreisverband der Potsdamer Linken hat seine Website neu aufgesetzt. Torben Reichert, verantwortliches Kreisvorstandsmitglied hierzu: „Die neue Seite soll zum Mitmachen einladen, genau wie unsere Partei!“. Unter www.dielinke-potsdam.de können Sie sich selbst eine Meinung zur neuen digitalen Anlaufstelle machen. Um Feedback sei ausdrücklich gebeten, so Reichert.



FOTO: SEBASTIAN SCHULZ

+Termine ++ Termine+

Mittwoch, 24. April 2024, 19 Uhr - rotbloq, Zeppelinstr. 7
feministischer Stammtisch: Kleidertauschparty Flinta*-only

Freitag, 26. April 2024, 18.30 Uhr Rosa-Luxemburg-Stiftung: AWO-Kulturhaus Babelsberg, Karl-Liebknecht-Str. 135
„Wir sind vieles. Aber niemals zahnlos. Niemals“
Lesung und Podiumsgespräch mit Sharon Dodua Otoo, Fatma Aydemir, Maryam Aras, Michael Hofmann, Moderation: Arnd (Kooperation mit der Internationalen Peter-Weiss-Gesellschaft)

Dienstag, 30. April, 17 Uhr, Lustgarten, Festival „Rhythm against racism“, sh. S. 2

Mittwoch, 1. Mai 2024, 11 Uhr, Internationaler Kampftag der Arbeit in Potsdam

Ab 11:00 Uhr: Demonstration Magnus-Zeller-Platz über Rathaus Babelsberg, Zentrum Ost zum Lustgarten

Ab 13:00 Uhr: Familienfest im Lustgarten

Mittwoch, 8. Mai 2024, 15 Uhr, Bassinplatz
städtisches Gedenken auf dem Sowjetischen Ehrenfriedhof

Freitag, 17. Mai 2024, 14 Uhr, Alter Markt
Europafest, vor Ort: Der Linke Europakandidat Martin Günther

24.4. | 19:00 Uhr
Rotbloq, Zeppelinstr. 7
Nur für FLINTA*

Kleider tausch party



Stöbern, Tauschen, nette Menschen.